

Niederschrift

über die

Gremium 48. Sitzung der Bezirksvertretung Bochum-Mitte	Sitzungstermin 28.03.2019	Tag der Absendung 09.04.2019
Sitzungsort Kleiner Sitzungssaal, Rathaus	Sitzungsdauer 15:00 Uhr - 18:39 Uhr	Unterschriftsdatum 04.04.2019

Anwesend von den Mitgliedern

SPD

Michael Cors
Christiane Laschinski
Martin Oldengott
Elvira Rühlemann
Holger Schneider
Gabriele Spork
Uwe Thiessen

CDU

Birgitt Beier
Susanne Dewender bis 17.52 Uhr, TOP 6.2 einschl.
David Scharj
James Wille

Grün-offene Fraktion

Raphael Dittert
Karsten Finke bis 18.00 Uhr, TOP 8.2 einschl.
Elke Heuvel
David Werner

DIE LINKE.

Sven-Eric Ratajczak bis 17.31 Uhr, TOP 4.8 einschl.

Beratende Mitglieder

Dr. Stefan Jox bis 16.16 Uhr, TOP 2.2 einschl.
Jens Lücking bis 16.56 Uhr, TOP 2.6 einschl.

Abwesend und entschuldigt

CDU

Heike Brauckhoff

DIE LINKE.

Mehtap Yildirim

parteilos

Sebastian Greiswald

Anwesend von der Verwaltung

Daniel Szymanski	17 M/ 05
Rouven Beeck	Wirtschaftsentwicklungs-Gesellschaft Bochum mbH
Christoph Bachstein	51 3
Martin Keller	61 11
Klaus Kleine	61 32
Arno Kräber	66 101
Annette Liska	66
Christoph Matten	66 2
Holger Pascheka	67 22
Jens Rehwinkel	61 42
Colleen Tüllner	62 31

Vorsitz:

Gabriele Spork

Schriftführung:

Daniel Szymanski

1.5 Erschließungsvertrag Wielandstraße
Vorlage: 20190659

Beschlossen gemäß Vorlage: 20190659

Abstimmungsergebnis: Einstimmig nach Beschlussvorschlag

1.6 Richtlinie der Stadt Bochum zur Verwendung von Mitteln des Verfügungsfonds für den Stadtteil Hamme
Vorlage: 20190752

Die Verwaltung zieht die Vorlage zurück.

1.7 Wielandstraße
Erschließung gem. B-Plan 981
Vorlage: 20190651

Beschlossen gemäß Vorlage: 20190651

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich nach Beschlussvorschlag

Enthaltungen: -
Dagegen: 1 (DIE LINKE)
Dafür: 14 (SPD, CDU, Grün-offene Fraktion)
Befangen: -

2 Anhörungen

2.1 Regionaler Flächennutzungsplan der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen:
Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung, über das Ergebnis der Erörterung sowie Feststellungsbeschluss / Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren in Bochum (25 BO: Quartier Feldmark)
Vorlage: 20190414

Beschlossen gemäß Vorlage: 20190414

Abstimmungsergebnis: Einstimmig nach Beschlussvorschlag

2.2 Bebauungsplan Nr. 958 - Querenburger Straße -
hier: a) Änderung des Plangebietes
b) Auslegungsbeschluss
Vorlage: 20190481

Beschlossen gemäß Vorlage: 20190481

Abstimmungsergebnis: Einstimmig nach Beschlussvorschlag

2.3 Netz 2020, Teilfortschreibung NVP Herne
Vorlage: 20190608

Beschlossen gemäß Vorlage: 20190608

Abstimmungsergebnis: Einstimmig nach Beschlussvorschlag

dem sollten. In 2019 wurden die Maßnahmen zusätzlich verschärft.

In den vorgenannten Sachverhalten wurden die politische Gremien lediglich in Form von Mitteilungen informiert. Beschleunigungen und damit eine Beteiligung politischer Gremien hielt die Verwaltung nicht für erforderlich. Sie sieht die getroffenen Maßnahmen als ein „Geschäft der laufenden Verwaltung“ an, zu dem es ein Einbeziehen politischer Gremien nicht bedarf.

Begründung der Anfrage:

Die CDU-Fraktion sieht in den getroffenen Maßnahmen der Verwaltung kein Geschäft der laufenden Verwaltung und somit eine regelwidrig getroffene Maßnahme gegen § 41 Abs. 3 GO NRW. Lt. Kommentar gibt es aufgrund verschiedener Gerichtsurteile unterschiedlich ausformulierte Definitionen, die erklären, was ein Geschäft der laufenden Verwaltung ist. Zusammenfassend kann allerdings gesagt werden, dass es sich dann um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, **wenn sie lediglich in kürzeren Abständen und mit gewisser Regelmäßigkeit wiederkehrende zumeist routinemäßig zu erledigende Verwaltungsangelegenheiten von nicht weittragender Bedeutung sind.**

Wer behauptet, dass die Einrichtung von Tempo 30 auf einer Bundesstraße im Zusammenhang mit einem drohenden Dieselfahrverbot auf einer Hauptverkehrsstraße oder die Sperrung einer Straße in der Innenstadt keine weitreichende Bedeutung hat, scheint diese Definition nie gehört zu haben. Wenn durch die Einrichtung von Tempo 30 auf der Herner Straße Verdrängungsverkehr entsteht, hat das nach Auffassung der CDU-Fraktion sehr wohl weitreichende Auswirkungen. Dies gilt auch für eine Sperrung einer Innenstadtstraße. Somit wäre zur Regelung der vorgenannten Sachverhalte eine Beteiligung der politischen Gremien unumgänglich gewesen.

Die CDU-Fraktion fragt an, warum die Verwaltung, obwohl wir glauben, dass auch sie diese Regeln kennt, eine Beteiligung der politischen Gremien für nicht erforderlich gehalten hat?

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Eventuelle Abweichungen zwischen Abstimmungsergebnis und Anwesenheitsliste sind darauf zurückzuführen, dass einzelne Mitglieder der Bezirksvertretung kurzfristig den Sitzungssaal verlassen haben.

gez. Gabriele Spork
(Bezirksbürgermeisterin)

gez. Daniel Szymanski
(Schriftführer)